

Studierendenparlament der Universität Potsdam

27. Wahlperiode

Solidarität mit den studentischen Beschäftigten - Brandenburg braucht einen Haushalt!

Antrag Nr.

A27/XXXX

Datum

16.01.2025

Antragsteller

FSR geos StuPa

Antrag

Das Studierendenparlament der Universität Potsdam beschließt:

1. Die Studierendenschaft der Universität Potsdam erklärt ihre Solidarität mit den betroffenen Beschäftigten aufgrund der vorläufigen Haushaltsführung des Landes Brandenburgs und fordern die Landesregierung auf diesen Zustand schnellstmöglich abzustellen.
2. Der Allgemeine Studierendenausschuss (AStA) wird deshalb beauftragt, sich bei der Landesregierung für eine zügige Verabschiedung eines Haushaltes fortlaufend einzusetzen, um schnellstmöglich Klarheit und Planungssicherheit für die studentischen Beschäftigten zu schaffen und die Arbeitsfähigkeit der Lehre zugunsten der Studierenden wieder herzustellen.
3. Die Studierendenschaft der Universität Potsdam spricht sich dabei auch für eine langfristige Lösung aus. Zukünftig soll die Zuständigkeit für die Prüfung der haushaltsrechtlichen Angelegenheiten bei der vorläufigen Haushaltsführung stets an die Universitätsverwaltung delegiert werden, um Prozesse zu beschleunigen und die Lehr- sowie Arbeitsbedingungen nachhaltig zu verbessern. Hierbei soll der AStA auf zügige Bearbeitung der Anfragen im Zuge der vorläufigen Haushaltsführung bei der Universität einsetzen.

4. Der AStA erstattet über die Umsetzung dieses Antrages regelmäßig bericht.

Begründung

Aufgrund des nach wie vor nicht verabschiedeten Haushalt des Landes Brandenburg und der daraufhin angeordneten vorläufigen Haushaltsführung müssen alle Ausgaben kritisch überprüft werden und dürfen nur getätigt werden, wenn sie für den Betrieb unerlässlich sind. Diese Einschränkungen betreffen auch neue Anstellungsverhältnisse bzw. Erweiterungen studentischer Beschäftigungs und weiterer Mitarbeitender aus der Lehre sowie weitere Teile der Lehre, wie die externe Korrekturen von Klausuren etc. Dies kann den Lehrbetrieb an der Universität Potsdam erheblich beeinträchtigen.

Finanzielle Auswirkung für die Studierendenschaft

Aufgrund der vorläufigen Haushaltsführung des Landes Brandenburg müssen alle Ausgaben kritisch überprüft werden und dürfen nur getätigt werden, wenn sie für den Betrieb unerlässlich sind. Diese Einschränkungen betreffen auch die Anstellungsverhältnisse studentischer Beschäftigter und weiterer Mitarbeitender aus der Lehre. Dies kann den Lehrbetrieb an der Universität Potsdam erheblich beeinträchtigen.